

# Nein zur Kohle-Initiative – der Vernunft wegen

**Die Kohle-Initiative bringt ein populäres Anliegen zur Sprache. Sie ist nicht zu Ende gedacht und verschlechtert den Wirtschaftsstandort auf unnötige Weise. Der Gegenvorschlag nimmt das Anliegen der Initianten auf und verhindert krasse Fehlentwicklungen.**

Mi. Die kantonale Initiative «Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft» und der Gegenvorschlag des Grossen Rates «Keine neuen Investitionen in Kohlekraftwerke, sofern der CO<sub>2</sub>-Ausstoss nicht wesentlich reduziert werden kann» scheidet die Geister sehr stark. Nach der Zweitwohnungsinitiative, der Minderinitiative, den Abstimmungen zu Olympia und zur Tourismusabgabe, steht erneut innert kurzer Zeit ein intensiver Abstimmungskampf bevor. Die Initiative stammt von grüner und sozialdemokratischer Seite. Zu glauben, nur diese Kreise würden sie unterstützen, wäre ein fataler Trugschluss. Denn das Anliegen ist populär. Es richtet sich gegen die Erstellung des Kohlekraftwerkes von Repower in Süditalien. Weil der Kanton an Repower beteiligt ist, nutzen die Initianten die Gelegenheit, ihr umweltpolitisches Anliegen über eine Volksabstimmung zu erzwingen.

## **Graubünden kann nicht Europas Energiepolitik diktieren**

In der ganzen Diskussion geht unter, dass konventionell-thermische Kraftwerke in Europa nach wie vor eine überragende Rolle spielen. 80 Prozent der produzierten Energie stammt aus ihnen, davon 30 Prozent aus Kernkraftwerken und je 20 Prozent aus Kohle- und Gaskraftwerken. Auch wenn man es nicht hören will, muss man nach realistischer Einschätzung trotz massivster Förderung aller neuen erneuerbaren Energien mindestens noch eine Generation mit hochmodernen konventionellen Anlagen auskommen. Dazu gehören auch Kohlekraftwerke. Sie können sich technologisch sehr stark weiterentwickeln und den CO<sub>2</sub>-Ausstoss auch gegenüber neuesten Anlagen wesentlich reduzieren. Oder

anders ausgedrückt: Wie auch immer die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in Graubünden entscheiden, Kohlekraftwerke haben nicht ausgedient.

## **«Graubünden kann Saline Joniche nicht verhindern»**

Regierung und Grosser Rat haben allerdings die Problematik erkannt. Mit dem Gegenvorschlag werden einerseits die wunden Punkte der Initiative deutlich gemacht, andererseits die Absichten der Initiative (Verbesserung der Luftqualität dank Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses) gezielt im Auge behalten. Der Gegenvorschlag nimmt das Anliegen ernst, ist kein bündnerischer Alleingang, dient der Rechtssicherheit und nimmt Rücksicht auf die heutige Energiesituation.

## **Will die Bevölkerung ein Flaggschiff bodigen?**

Stimmt die Bevölkerung der Initiative zu, heisst das nicht, dass Saline Joniche nicht gebaut wird. Ersetzen andere Investoren Repower oder muss der Kanton bei Repower wegen des Abstimmungsergebnisses aussteigen, bleibt das Projekt Saline Joniche bestehen. Der Bündner Souverän kann dieses Werk nicht verhindern, auch wenn die Befürworter der Initiative dies nicht wahrhaben wollen.

Repower trug und trägt alle Investitionen in der Planung auf eigenes Risiko. Selbstverständlich muss Repower mit einer Ablehnung des Projektes rechnen, nämlich dann, wenn die zuständigen italienischen Behörden die Erstellung des Kohlekraftwerkes verweigern. Zu den Spielregeln gehört aber auch, dass sich Repower auf die in der Schweiz herrschenden Rahmenbedingungen verlassen darf. Mit einem Ja zur Initiative würden diese in einem laufenden

Projektskizzen des geplanten Kohlekraftwerkes Saline Joniche (Bilder zVg).





Verfahren geändert. Damit wird der Willkür Tür und Tor geöffnet, die auch für andere Projekte in Graubünden eine negative Signalwirkung haben kann. Die Schweiz ist für ihre Rechtssicherheit international bekannt. Sie gehört zu den grössten Stärken des Wirtschaftsstandortes. Wenn ausgerechnet der interkantonal wenig attraktive Standort Graubünden mit einem Alleingang dieses wichtige Standortmerkmal untergräbt, entsteht für die Qualität und das Image von Graubünden ein nicht wieder gutzumachender Nachteil.

Repower ist ein privates Unternehmen, das sich im Rahmen der Wirtschaftsordnung frei bewegen darf. Für Graubünden ist es die Perle der Bündner Strompolitik. Wird

die Initiative angenommen, wird die gesamte Aufbauarbeit rund um diese Unternehmung wenn nicht sogar zunichtegemacht, so zumindest aus den Angeln gehoben. Der Unternehmung werden aufgrund des öffentlichen Drucks unnötig Fesseln angelegt, die strategischen und operativen Geschäftsfelder kommen unter das Diktat der Politik. Das wird sich für ein international tätiges, börsenkotiertes und dem Aktienrecht unterstehendes Unternehmen langfristig als nachteilig erweisen. So gesehen wird bei einem Ja zur Initiative Repower einen massiven Schaden erleiden – eines der Flaggschiffe der Bündner Wirtschaft wird vom eigenen Volk gebohdigt.

### Die Initiative vernichtet Volksvermögen

Heute gibt es kein weiteres Energieunternehmen in der Schweiz mit Sitz in einem Bergkanton, das nur ähnlich wertschöpfungsintensiv ist. Dank der vielfältigen – auch ausländischen – Tätigkeit hat das Unternehmen heute über 450 Beschäftigte in Graubünden, gehört zu den ganz grossen Steuerzahlern, bildet rund 30 Lernende in acht verschiedenen Berufen aus und ist ein grosser Auftraggeber fürs hiesige Gewerbe. Ein Ja zur Initiative kann im schlechtesten Fall – und den sollte gerade ein Unternehmer immer im Auge behalten – zu einer massiven Vernichtung von Volksvermögen führen. Einerseits, weil die Geschäftstätig-

keit stark beschnitten wird, und andererseits, weil aufgrund bestehender Satzungen Graubünden als Aktionär in die sehr ungemütliche Lage kommen könnte, entweder dem anderen Aktionär AXPO die eigenen Anteile zu verkaufen oder diese zu übernehmen. Beide Optionen liegen notabene nicht in der Hand Graubündens, sondern des anderen Aktionärs. Einfach auf seinen Goodwill in dieser Sache zu hoffen, kann sich in blanke Naivität verkehren.

### Der Gegenvorschlag: ein vernünftiger Kompromiss

Die Ziele der Initianten werden auch im Gegenvorschlag aufgenommen. Er will nicht in die bestehenden Rahmenbedingungen eingreifen und Repower das Engagement in Saline Joniche nicht verbieten. Andererseits sagt der Gegenvorschlag, dass in Zukunft Unternehmen mit Beteiligung des Kantons keine neue Investitionen in Kohlekraftwerke tätigen dürfen, es sei denn, der CO<sub>2</sub>-Ausstoss könne wesentlich reduziert werden. Damit werden auf der einen Seite die krassesten Mängel der Initiative, das generelle und rückwirkende Technologieverbot und die mögliche Vernichtung des Volksvermögens beseitigt. Auf der anderen Seite zielt der Gegenvorschlag auch auf eine Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses ab, genau so wie dies die Initianten beabsichtigen.

**Der Gegenvorschlag ist ein vernünftiger Kompromiss, der einerseits die berechtigten Anliegen der Initianten aufnimmt, andererseits Graubündens Wirtschaftspolitik vor einem möglichen Desaster fernhält.**



**NEIN**  
**ZUR SCHÄDLICHEN**  
**KOHLEINITIATIVE**  
**JA ZUM GEGEN**  
**VORSCHLAG**

